

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden
Verlagsnummer: 25241
Für die Redaktion: Nr. 20011
Schulstraße 4, Postfach 100
Dresden - N. 1, Marienstraße 24/25

Verlagspreis: Bei täglich zweifacher Auslieferung monatlich 2.30 RM. (einschl. 10 Pf. für Porto). Bei halbjährlicher Lieferung 10 RM. (einschl. 10 Pf. für Porto). Bei vierteljährlicher Lieferung 5 RM. (einschl. 10 Pf. für Porto). Bei halbjährlicher Lieferung 10 RM. (einschl. 10 Pf. für Porto). Bei vierteljährlicher Lieferung 5 RM. (einschl. 10 Pf. für Porto).

Verlag v. August Meißner & Neuberger, Dresden, Weißhof-Str. 1008
Kaufmannsdruckerei mit techn. Anstalt
(Dresden, Weißhof-Str. 1008)

Frühere Reichstagsseinberufung geplant

Für schnelle Klärung in der Reichspolitik

Berlin, 27. Dezember. Am Dienstag wurde in Berliner parlamentarischen und politischen Kreisen, soweit der Weichheitskurve bereits beendet war, vor allem die Frage erörtert, wie die Aussichten für die Januartagung des Reichstags liegen. Die offizielle Einladung zur Sitzung des Reichstags des Reichstags am Mittwoch, dem 4. Januar, nachmittags 4 Uhr, liegt jetzt vor. Auf der Tagesordnung steht ein Antrag der kommunistischen Fraktion auf Einberufung des Reichstagsplenums. Es verläuft in parlamentarischen Kreisen.

Man hat die Nationalsozialisten den Wunsch haben, den Reichstag früher tagen zu lassen, als es ursprünglich möglich erschien.

Man rechnet damit, daß Sozialdemokraten und Kommunisten versuchen werden, sofort die politische Kompromisse mit anschließender Abstimmung über die Währungsreform vor dem Reichstag durchzuführen zu lassen. Für das weitere Vorgehen des Reichstags dürfte maßgebend sein, ob die Nationalsozialisten durch positive Zustimmung zu den Währungsreformen die Mehrheit gegen die Sozialisten in der Januartagung erreichen, oder ob sie sich zunächst vielleicht der Stimme enthalten bzw. an der Abstimmung nicht beteiligen werden.

Man rechnet damit, daß Sozialdemokraten und Kommunisten versuchen werden, sofort die politische Kompromisse mit anschließender Abstimmung über die Währungsreform vor dem Reichstag durchzuführen zu lassen.

Man rechnet damit, daß Sozialdemokraten und Kommunisten versuchen werden, sofort die politische Kompromisse mit anschließender Abstimmung über die Währungsreform vor dem Reichstag durchzuführen zu lassen.

Man rechnet damit, daß Sozialdemokraten und Kommunisten versuchen werden, sofort die politische Kompromisse mit anschließender Abstimmung über die Währungsreform vor dem Reichstag durchzuführen zu lassen.

Man rechnet damit, daß Sozialdemokraten und Kommunisten versuchen werden, sofort die politische Kompromisse mit anschließender Abstimmung über die Währungsreform vor dem Reichstag durchzuführen zu lassen.

Keine neuen Verhandlungen mit Hitler

Berlin, 27. Dez. In dem Gerücht, daß während der Weihnachtsferien neue Verhandlungen zwischen dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und dem Reichsminister für Wirtschaft und Verkehr stattfinden könnten, hat das Nachrichtenbüro des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, das die Nachrichten über die Verhandlungen zwischen dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und dem Reichsminister für Wirtschaft und Verkehr enthält, auf dem Reichstagsgebäude in Berlin, dem 27. Dezember 1932, die folgenden Angaben gemacht: Die Verhandlungen zwischen dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und dem Reichsminister für Wirtschaft und Verkehr sind beendet. Es ist keine Aussicht auf neue Verhandlungen gegeben.

Schmalz und Papierholz unter Einfuhrbewilligung gestellt

Berlin, 27. Dezember. Durch eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsministers für Wirtschaft und Verkehr wird ab 1. Januar 1933 die Einfuhr von Schmalz und Papierholz unter Einfuhrbewilligung gestellt. Einfuhrbewilligungen erteilt der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen in Berlin 10, Viktorstraße 34. Für Schmalz gilt das Bewilligungsverfahren, das einer übertriebenen Nachfrage entgegenwirken soll, nur bis zum 15. Februar 1933, dem Tage des Inkrafttretens der vertraglichen Bindung des Schmalzschmelzes.

Bei der Stellung der Anträge auf Erteilung einer Einfuhrbewilligung ist folgendes zu beachten:

1. Für Schmalz: Die antragstellenden Firmen müssen den Nachweis erbringen, welche Mengen Schmalz sie in der Zeit vom 1. Januar bis 15. Februar 1932 eingeführt haben. Zweckmäßigerweise wird dieser Nachweis durch Vorlage der Zollquittungen erbracht werden.
2. Für Papierholz: Bei der Stellung des Antrags ist nachzuweisen, daß der Antragsteller das einzuführende Papierholz selbst verarbeiten wird, daß er bereits im Jahre 1932 ausländisches Papierholz verarbeitet hat und daß er zur Aufrechterhaltung seines Betriebes nachweislich auch in Zukunft auf bestimmte Mengen ausländischen Papierholzes angewiesen ist.

Man hat die Nationalsozialisten den Wunsch haben, den Reichstag früher tagen zu lassen, als es ursprünglich möglich erschien.

Man rechnet damit, daß Sozialdemokraten und Kommunisten versuchen werden, sofort die politische Kompromisse mit anschließender Abstimmung über die Währungsreform vor dem Reichstag durchzuführen zu lassen.

Fadenscheinige Gründe

Die Ausweisung des Kaplans Gilles aus Eupen. Eupen, 27. Dez. Der Kaplan an der hiesigen St. Nikolai-Kirche, Gilles, der, wie bereits gemeldet, am Heiligabend aus Belgien ausgewiesen wurde, ist reichsdeutscher Staatsbürger. Wie aus gutinformierten Kreisen verlautet, wird ihm der Vorwurf gemacht, bei einem Ausflug des Junglingsvereins, dessen Präses er ist, das Vorlesen aus dem „Grenz Echo“, dem bekannten belgischen Propagandablatt, verboten zu haben.

Diese „Verurteilung“ ist um so fadenscheiniger, als das „Grenz Echo“ kein hostiles belgisches Organ ist.

Im übrigen hat man das Gefühl, daß die Maßnahme nicht dem Kaplan, sondern dem Präses des Junglingsvereins gelten sollte, da es gewissen belgischen Stellen unerwünscht war, an der Spitze dieser Organisation einen Reichsdeutschen zu sehen.

Schutzmaßnahmen für die Deutschen in Honduras

Bremen, 27. Dez. Auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes hatte der Norddeutsche Lloyd Bremen den in der Zentralamerikafahrt beschlagnahmten 2800 Tonnen großen Dampfer „Agira“ nach Amapala geschickt, um den in Honduras anliegenden und durch die Aufständischen gefährdeten Deutschen Schutz zu verleihen. Nach einem am 26. Dezember eingegangenen Kabeltelegramm hat der Dampfer „Agira“ insgesamt 22 Frauen und Kinder an Bord genommen.

Die „White Star“-Linie in Schwierigkeiten

Verkauf der Schiffsflotte erwogen

London, 27. Dez. „London Express“ zufolge befindet sich die englische White Star Dampfschiffahrtsgesellschaft in finanziellen Schwierigkeiten. Zu Beginn des neuen Jahres werde ein Verkauf der Flotte erwogen werden, um die Interessen der vier Hauptaktionäre der Gesellschaft einschließlich des englischen Schahamites und der nordirischen Regierung zu wahren. Die Lage der White Star-Linie sei ein großes Problem für die englische Regierung und die übrigen Aktionäre. Ein Rückversicherer, der die Flotte würde annehmen, bedeutet, andererseits sei zu besorgen, daß bei einem Verkauf im ganzen die Flotte in die Hände der ausländischen Konkurrenz übergehen könnte.

Unterredung Roosevelt-Norman Davis

Albany (New York), 27. Dez. Roosevelt hatte am Montag mit Norman Davis eine ausgedehnte Besprechung über die Lage in Europa, die Abrüstungsfrage und die Weltwirtschaftskonferenz. Norman Davis erklärte nach Beendigung der Besprechung:

Wir brauchen Abrüstung, um das Vertrauen wiederherzustellen;

denn Vertrauen bedeutet Kreditgewährung, und Kredit ist die treibende Kraft des Handels. Er erklärte ferner, die Weltwirtschaftskonferenz werde bei ihrem Zusammenritt Anfang nächsten Sommers nur dann wirksame Arbeit leisten können, wenn sich die Hauptmächte über ihr Vorgehen geeinigt haben. Roosevelt soll, wie es weiter heißt, in dieser Unterredung die These vertreten haben, daß der Weltfrieden nur durch die Einigung der Nationen erreicht werden kann. Er erklärte ferner, daß die Weltwirtschaftskonferenz nur dann wirksame Arbeit leisten kann, wenn sich die Hauptmächte über ihr Vorgehen geeinigt haben. Roosevelt soll, wie es weiter heißt, in dieser Unterredung die These vertreten haben, daß der Weltfrieden nur durch die Einigung der Nationen erreicht werden kann. Er erklärte ferner, daß die Weltwirtschaftskonferenz nur dann wirksame Arbeit leisten kann, wenn sich die Hauptmächte über ihr Vorgehen geeinigt haben.

Brolat verhaftet

Berlin, 27. Dez. Die Justizpressestelle teilt mit: Der Direktor der RZA, Fritz Brolat, war heute zur verantwortlichen Vernehmung vor den Untersuchungsrichter geladen. Da er bei dieser Vernehmung die gegen ihn vorliegenden dringenden Verdachtsgründe des Meineides nicht entkräften konnte und hinsichtlich der Anträge der Staatsanwaltschaft auf Haftbefehl gegen ihn erlassen, Brolat wurde heute in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

311 tödliche Anfälle in USA

New York, 27. Dez. Während des Weihnachtswochenendes haben in den Vereinigten Staaten 311 Personen infolge von Unfällen den Tod gefunden und 506 Verletzungen erlitten. Zum größten Teil handelt es sich um Unfälle von Autos und LKWs. 11 Personen sind ertrunken, 8 wurden bei Eisenbahnunfällen getötet und 10 Personen kamen bei Bränden ums Leben. Eine aus 5 Personen bestehende Familie starb nach dem Genuss eines Ausbeutes, in dem verfeinertes Julettenspulver eingebunden worden war.

25 Tote in England

London, 27. Dez. In den Weihnachtsferien kamen in England insgesamt 25 Personen durch Unfälle ums Leben, und zwar 11 durch Feuer und 14 Personen durch Straßenunfälle. Bei Leeds ereignete sich am Weihnachtstag ein Zusammenstoß zwischen zwei Personenzügen. Wie durch ein Wunder wurden nur vier Personen leicht verletzt.

Waffenbeschlagnahme in Rotterdam

Rotterdam, 27. Dez. Von der Polizei sind in den letzten Wochen in mehreren Privatwohnungen und Geschäften mehrere Waffenbeschlagnahmungen vorgenommen worden, die im Einzelnen aus 250 bis 1000 Revolvern und dazu gehöriger Munition bestanden. Alle diese Schusswaffen stammten aus Belgien und sollten, wie die Polizei annimmt, nach Deutschland geschmuggelt werden.

Flammentod eines Memeler Ehepaares

Memel, 27. Dez. In der Nacht zum ersten Feiertag ist das Ehepaar Barlowits in seinem Schlafzimmer verbrannt. Die Eheleute hatten wahrscheinlich beim Schlafen ein Feuer angezündet. Die Feuerwehr fand das Ehepaar von den Flammen bis zur Unkenntlichkeit verkohlet vor.

Frankreich und die österreichische Anleihe

Paris, 27. Dez. Die Entscheidung über die Bewilligung des französischen Anteils an der neuen österreichischen Anleihe scheint nicht so glatt zu laufen, wie man ursprünglich dachte. Der Finanzminister Lheron hat bezeichnenderweise vor dem Ausicht erklärt, daß es sich dabei um eine außerpolitische Angelegenheit handele, die den Finanzminister nicht übermäßig interessiere. Im übrigen hat die rechtsstehende Presse schon seit einigen Tagen einen Feldzug gegen die Bewilligung der französischen Anteils eröffnet, und aus den heutigen Betrachtungen im „Journal“ und im „Echo de Paris“ kann man schließen, daß die Aussprache im Plenum, die vor dem 31. Dezember erfolgen müßte, sehr lebhaft zu werden verspricht. Die Polemik der rechtsstehenden Blätter hängt sich in der Hauptsache wieder auf die „Auslieferung“ an. Am deutlichsten ist in dieser Beziehung das nationalistische „Ordre“, das schreibt:

Sollen wir denen Geld vorstrecken, die es auf unsere Vermittlung und die unserer osteuropäischen Verbündeten abgeben haben?

Das linksstehende „Oeuvre“ wendet sich ebenfalls gegen die Bewilligung, wenn auch hauptsächlich aus innerpolitischen Gründen mit Rücksicht auf die Schuldverhandlungen mit Amerika. Die sozialistische Kammerfraktion hatte dem erweiterten Vorstand der Partei die Frage unterbreitet, ob sie für das von der Regierung angeforderte Haushaltswörterbuch und auch für den Defizitbereich an gewährenden neuen Kredit in Höhe von 100 Millionen Zustimmung stimmen sollte. Der erweiterte Parteivorstand hat sich nach längerer Beratung mit 15 gegen 6 Stimmen dafür ausgesprochen, daß er der Kammerfraktion, die für ihre Entscheidung selbst die Verantwortung vor der Partei übernehmen müsse, nicht vorzuschreiben könne, wie sie stimmen soll. Man rechnet allgemein damit, daß sich die Kammerfraktion für die Regierungsvorlage aussprechen wird.